

Untersuchung der Auswirkungen ausgewählter politischer Entscheidungen auf Verkehr und Umwelt

Dirk Bruckmann, Udo Nehren, Viola Rieken, Jörg Schönharting, Konrad Stöcker

Die Gestaltung von Verkehr und seinen Rahmenbedingungen ist heute, von der europäischen bis zur kommunalen Ebene, eine der wichtigen politischen Aufgaben. Forderungen nach mehr Umweltschutz und Ressourcenschonung stehen Anforderungen nach dem Ausbau der Verkehrsnetze entgegen. Die Kenntnis der Ursachen des Verkehrs ist aber eine wichtige Voraussetzung für seine Gestaltung und Beeinflussung.

Vor diesem Hintergrund versucht die vorliegende Untersuchung zu erkunden, inwieweit auf den Ebenen der Europäischen Union und in Deutschland des Bundes, der Länder und der Kommunen politische Entscheidungen gefällt werden, deren primäre Zielsetzungen nichts mit Verkehr zu tun haben, die aber dennoch verkehrliche Relevanz haben.

Eine Überprüfung der Auswirkungen solcher Entscheidungen auf Verkehr und Umwelt ist bisher nur von der Verkehrsauswirkungsprüfung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen bekannt. Die Ergebnisse haben – in der Abwägung mit anderen politischen Zielsetzungen – jedoch keine Veränderung im Entscheidungsprozess herbeigeführt.

Im vorliegenden Projekt werden politische Entscheidungen der Jahre 1994 und 1995 überprüft. In der Summe sind es 600 Entscheidungen der EU, 799 Entscheidungen des Bundes, 323 Entscheidungen des Landes Nordrhein-Westfalen und 221 Entscheidungen der Stadt Essen.

Es zeigt sich, dass es auf allen politischen Ebenen und in allen Politikbereichen eine hohe Anzahl an Entscheidungen gibt, die eine verstärkte Mobilität für das Erreichen ihrer Ziele zur Voraussetzung oder als Folge haben. Es wird aber auch festgestellt, dass erst die Summe der Auswirkungen wahrnehmbar verkehrserhöhend ist, und somit auch Entscheidungen in nicht verkehrsbezogenen politischen Bereichen als Quelle für Verkehrswachstum nicht zu vernachlässigen sind.

Mobilität grundsätzlich in Frage zu stellen, ist danach kein zielführender Ansatz. Vielmehr muß Mobilitätswachstum für zahlreiche Zielsetzungen hingenommen werden. Allerdings wäre eine bessere Koordinierung der Entscheidungen zwischen und innerhalb der einzelnen Politikbereiche wünschenswert.

Um die vielfältigen Auswirkungen politischer Entscheidungen möglichst frühzeitig abschätzen zu können, braucht es Transparenz von Abläufen und Zielen, denn die Politik muss sich auf eine weiter wachsende Mobilität einstellen.

Das Projekt ist inzwischen abgeschlossen. Der Abschlussbericht wurde in der Veröffentlichungsreihe des Instituts für Mobilitätsforschung "ifmo-studien" veröffentlicht und kann kostenlos auf unserer Homepage unter der Rubrik „Publikationen“ als pdf-Datei heruntergeladen werden.